

rung sitzt nicht in Saarbrücken; er sitzt in Paris<sup>7</sup>. Jakob Kaiser (CDU), bis zum Jahre 1957 unter Adenauer Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und neben dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Peter Altmeier (ebenfalls CDU) einer der entschiedensten Verfechter für die Rückkehr der Saar nach Deutschland, nannte die *Herren Hoffmann und Kirm ... ungetreue Söhne unseres Volkes*, die Frankreich als *Helfershelfer* gefunden habe<sup>8</sup>. Die klarste Aussage im Sinne nationalstaatlicher Rechtsprinzipien in der Saarfrage tat Thomas Dehler, der streitbare und einflußreiche FDP-Politiker. Er erklärte: *Der Gedanke ist unannehmbar, daß die Bevölkerung eines Teiles unseres Volkes die Legitimation zur Entscheidung über deren Zugehörigkeit zu Deutschland habe*<sup>9</sup>.

Diese „Nationaldoktrin reinsten Wassers“<sup>10</sup>, die von der Idee des Nationalstaates als höchste politische Ordnungsform ausging und ihre juristische Begründung in dem Rechtsanspruch der Bundesrepublik „als Rechtsträger in der deutschen Nation“<sup>11</sup> fand, vertrat im Grunde auch Heinrich Schneider. Sie entsprach weitgehend seinen nationalliberalen Überzeugungen. Deutlich wird sein Glaube an das nationale Recht seiner Saarländer im Zusammenhang mit seinem Besuch bei Konrad Adenauer im unmittelbaren Zeitraum vor den saarländischen Landtagswahlen am 30. November 1952, über den er in seinen Memoiren u. a. folgendes berichtet: *Er trieb mit uns Wahlarithmetik. Wieviel Prozent an ungültigen Stimmen wir schaffen könnten? Das war die immer wieder von ihm aufgeworfene Frage. Wir verstanden das damals gar nicht so sehr. Für uns war das Resultat zwar wichtig, aber nicht entscheidend. Heute ist uns natürlich längst klar geworden, daß der Kanzler für die weiteren Verhandlungen mit Paris eine möglichst hohe Zahl 'an weißen Stimmen' (Stimmzettel ohne Wahlkennzeichnung als Ausdruck der Ablehnung einer von Deutschland separaten Saar) im Saarland benötigte*<sup>12</sup>. Diese Vermutung Schneiders war sicherlich nicht falsch, aber was Adenauer bei seinen Fragen zur Wahl wirklich bewegte, das verrät uns das Protokoll über die Sitzung des CDU-Bundesvorstandes am 26. 1. 1953. In einer kritischen Replik auf Äußerungen Kaisers zu den saarländischen Landtagswahlen vom 30. 11. 1952 berichtete Adenauer auch über Gespräche mit Heinrich Schneider und anderen oppositionellen Saarpolitikern: *Ich will den Herren erzählen, wie meine erste Aussprache mit den drei Herren*<sup>13</sup> *von der Saar verlaufen sind*

<sup>7</sup> Auszug aus der Bundestagsrede Ollenhauers vom 18. 11. 1952. Deutscher Bundestag, Verhandlungen (stenographische Protokolle), Bd. 13 (10. 9. 52 – 27. 11. 52), S. 10 924 ff.

<sup>8</sup> Stenographische Niederschrift über die Sitzung des CDU-Bundesvorstandes am 26. 1. 1953 zu Bonn (Palais Schaumburg), S. 200. Archiv des Konrad-Adenauer-Hauses, Bonn.

<sup>9</sup> Zitiert nach W. Eckhardt, S. 41. Der Autor erwähnt die Herkunft der Quelle nicht. Bestätigt wird dieses Zitat durch einen Artikel Dehlers in der Süddeutschen Zeitung vom 20. 10. 1954, den er bezeichnenderweise unter dem Titel „In der Saarfrage gibt es kein Recht auf Separation“ veröffentlichte. Diese Stellungnahme war eine Replik auf den sogenannten Mommer-Plan, den der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl Mommer im Namen seiner Partei in der Stuttgarter Zeitung vom 9. 10. 1954 publiziert hatte und in dem er zwar die Einführung politischer Freiheiten an der Saar forderte, den Saarländern aber das Recht einer freiwilligen separatistischen Entscheidung zubilligte. Der Mommer-Plan ist auszugsweise abgedruckt bei R. H. Schmidt, Bd. 3, S. 677 ff. Vgl. auch den dort abgedruckten sogenannten Preusker-Plan (FDP) auf S. 681 ff. und das 7-Punkte-Programm der Deutschen Saaropposition vom 18. 10. 1954, das bei J. Freymond auf S. 327 in der dortigen Anmerkung 2 zu finden ist.

<sup>10</sup> W. Kern, S. 15.

<sup>11</sup> Nach Frankfurter Neue Presse vom 6. 11. 1953. Ausführungen von Walter Dirks zur Saarfrage.

<sup>12</sup> H. Schneider, S. 323.

<sup>13</sup> Gesprächspartner waren Hubert Ney (CDU), Heinrich Schneider (DPS) und Kurt Conrad (SPD).